

# DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt am Main 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

23

Nr. 65, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 2. April 1949.

Seite 1

Heute lesen Sie:

## Aus der Union

Im Anschluß an die Jahreshauptversammlung veranstalteter der Kreisverband Karlsruhe-Land in Anwesenheit des Landesvorsitzenden Heurich erstmals ein Parteiforum für die Mandatsträger der CDU. Im Mittelpunkt standen Fragen des Wohnungsbaues, des Nahverkehrs und der Bildung des Südweststaates.

## Flüchtlingswesen

Der französische Militärgouverneur stimmte der Umsiedlung von 300000 Flüchtlingen aus der Doppelzone in die französische Zone unter der Bedingung zu, daß die bizonale Verwaltung die Kosten für die Umsiedlung übernimmt.

Rechtsanwalt Dr. Kather, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Flüchtlings-Ausschüsse der CDU/CSU, wurde zum Vorsitzenden des neugeschaffenen Gesamtverbandes der Ostvertriebenen für die britische Zone gewählt.

## Sozialpolitik

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Fliegergeschädigten, Finanzminister a. D. Dr. Mattes (CDU) forderte in Frankfurt a. M. die sofortige Genehmigung des Lastenausgleichsgesetzes durch die Militärregierung und deutsche Stellen, Vorschuß von Geldmitteln, wenn Hilfe notwendig ist, Bearbeitung der Entschädigungsanträge und gesetzliche Regelung der Schadenfeststellung.

## Wirtschaftspolitik

Der Wirtschafts-Ausschuß der CDU des Landesverbandes Hannover bezeichnete die Wohnraumbeschaffung als dringlichste Aufgabe der CDU-Wirtschaftspolitik. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen des Wirtschaftsrates über die Finanzierung erstrebe die CDU alle nur möglichen Vergünstigungen nicht nur für den gemeinnützigen, sondern auch für den privaten Wohnungsbau.

## Kulturpolitik

Gegen die Stimmen der CDU, der DP und dreier Mitglieder der Bremer Demokratischen Volkspartei verabschiedete die sozialistische Mehrheit der Bremer Bürgerschaft das Gesetz über die Schulreform, das die sechsjährige Grundschule und das neunte Volksschuljahr vorsieht.

SPDSPD-Hetzkampagne gescheitert  
=====

Die britische Militärregierung hat dem niedersächsischen Justizminister Dr.Hofmeister (CDU) mitgeteilt, daß sie seine Fragebogen-Angelegenheit als geklärt betrachte. Die von eilfertigen politischen Geschäftemachern bereits zu einem "Fall Hofmeister" aufgebauschten Gerüchte sind damit, wie wir erwartet hatten, kläglich zusammengebrochen. Die SPD-Presse ist um eine Sensation gekommen, deren sie zur Aufputschung der politischen Leidenschaften in Niedersachsen dringend bedurfte.

Gegen Minister Dr.Hofmeister war der Vorwurf erhoben worden, er habe im Fragebogen seine Zugehörigkeit zur SA verschwiegen. Tatsache ist, daß Minister Dr.Hofmeister nach der Überführung des Stahlhelms in die SA dort kurze Zeit Anwärter geführt wurde, aber sofort nach Kenntnisnahme dieser Überführung, drei Monate nach der Auflösung des Stahlhelms, jegliche Mitgliedschaft ablehnte. Er ist somit zu keiner Zeit SA-Mitglied gewesen, sondern gegen seinen Willen in einem Anwärter-Verhältnis geführt worden. Diese Tatsachen sind seit mehr als zwei Jahren bekannt. Da Minister Dr.Hofmeister gegen den Willen der SPD die Entnazifizierung in Niedersachsen in wohlwollender Weise gegenüber den Betroffenen durchführte, ist er den 110-prozentigen Demokraten seit geraumer Zeit nicht mehr genehm.

OstzoneSteckbrief gegen Jakob Kaiser  
=====

Auf Grund eines Beschlusses des ostzonalen Volksrates wurden prominente Berliner Politiker zu Kriegsverbrechern erklärt und entsprechende Steckbriefe erlassen. Unter den genannten Personen befinden sich Jakob Kaiser (CDU), Dr.Schreiber (CDU), Dr.Friedensburg (CDU), H.Schwennicke (FDP), Neumann, (SPD), Suhr (SPD), Reuter (SPD) sowie die Chefredakteure der Zeitungen "Telegraf", "Sozialdemokrat", "Tagespiegel" und "Der Tag". Der Steckbrief Nr.1 wurde am 20.März 1949 erlassen und veröffentlicht.

Aus den ParteienWeiteres Abbröckeln beim Zentrum  
=====

Die bisherige Vorsitzende der Zentrumspartei Dortmund-Innenstadt, Frau Dr.Hildegard Gethmann, die sich auf der Kreisdelegierten-Tagung der Dortmunder Zentrumspartei vergeblich um die Anbahnung eines Gesprächs mit gleichgesinnten Kreisen der Dortmunder CDU bemühte, wurde dafür mit dem Entzug des Wortes bestraft. Frau Dr.Gethmann erklärte daraufhin ihren Austritt aus der Zentrumspartei mit der Begründung, daß es gegen die einfachsten Spielregeln der Demokratie verstoße, wenn ihr die Möglichkeit genommen werde, in einer geschlossenen Versammlung ihre Meinung zu äußern.

JUNGE UNIONJahreshauptkonferenz der JU Berlin  
=====

"Eine sofortige zufriedenstellende Regelung der Entnazifizierungs-Bestimmungen für die drei Westsektoren" forderte die JUNGE UNION Berlin am Sonntag auf ihrer Jahreshauptkonferenz von der Alliierten Kommandantur. Die Benachteiligung der Berliner Bevölkerung gegenüber der Bevölkerung aller Zonen und des Ostsektors müsse so dringender aufgehoben werden, als sich durch die Währungsumstellung neue wirtschaftliche Härten für die noch nicht Entnazifizierten und insbesondere die Jugendlichen ergeben haben.

Der Landesvorsitzende der CDU, Dr. Walther Schreiber, forderte in Übereinstimmung mit der JUNGEN UNION eine "Entpartei-politisation des Beamtenwesens" und kritisierte die eigenwillige Personalpolitik der SPD. Der Forderung der JUNGEN UNION, auch in Berlin für das Persönlichkeitswahlrecht einzutreten, stimmte Dr. Schreiber zu. Peter Lorenz erklärte: "Parlamentarische Routine und Vereinsdenken stoßen die junge Generation ab. Es müssen neue Formen der Politik gefunden werden." An die Stelle einer starren Doktrin, die dem Charakter einer christlichen Partei widerspreche, hätte menschliche Verbundenheit zu treten. Lorenz kritisierte ebenfalls die Personalpolitik der SPD in der Berliner Verwaltung und insbesondere in der Jugendämtern, die ähnliche Tendenzen habe wie die der SED. In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte die JUNGE UNION die CDU auf, ihre Beteiligung an der Magistratskoalition wegen der "untoleranten SPD-Politik" zu überprüfen.

Peter Lorenz legte sein Amt als Vorsitzender der JUNGEN UNION nieder, da er nun endlich sein juristisches Studium zu Ende führen wolle. Dr. Schreiber dankte ihm für die dreijährige Mitarbeit im Landesvorstand und für die erfolgreiche Führung der JUNGEN UNION. Zum neuen Vorsitzenden wurde Hans-Joachim Boehm, Schöneberg, gewählt, zu seinen Stellvertretern Heinz Baer und Fritz-Jochen Rohde, als Sprecher der JUNGEN UNION im Landesvorstand der frühere Hochschulreferent Ernst Benda.

In einer weiteren Resolution wird bedauert, daß im Westen sogenannte Grenzberichtigungen vorgenommen werden sollen, die "tatsächlich einer Annexion deutschen Gebietes" darstellen. "Mit der ganzen jungen Generation Deutschlands ist sich die JUNGE UNION darin einig, daß diese neuen Annexionen im Westen ebenso wie die bereits brutal im Osten vorgenommenen nicht geeignet sind, die von uns ehrlich gewünschte Freundschaft mit allen Völkern zu fördern." Im Sinne der Charta der Vereinten Nationen forderte die JUNGE UNION für Deutschland einen Frieden ohne Annexionen durch östliche oder westliche Nachbarn.

=====  
Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.  
Gedruckt in der Redaktion DU<sub>1</sub>, Frankfurt a.M., IV/49/600.  
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.  
=====